103. Beilage im Jahr 2025 zu den Sitzungsunterlagen
des XXXII. Vorarlberger Landtages

Selbstständiger Antrag der NEOS Vorarlberg

Beilage 103/2025

An das
Präsidium des Vorarlberger Landtages
Landhaus
6900 Bregenz

Bregenz, am 16.06.2025

Betreff: Mobbing kennt keine Ferien - Zuständigkeiten jetzt ausweiten!

Sehr geehrter Herr Präsident,

laut Bildungsministerium¹ ist jedes zehnte Kind bzw. jeder zehnte Jugendliche in österreichischen Schulen Opfer von Mobbing – Tendenz steigend. Die Angriffe reichen heute weit über klassische Schulhof-Prügeleien hinaus. Cybermobbing verlagert Konflikte in den digitalen Raum und macht sie dadurch schwerer kontrollierbar.² In einer Zeit, in der sich 43 Prozent der österreichischen Jugend laut aktuellen Erhebungen meist oder immer einsam fühlen³, verstärkt diese Entwicklung die seelische Belastung junger Menschen erheblich. Mobbing kann zu gravierenden psychischen Beeinträchtigungen und Angststörungen führen, im schlimmsten Fall in Depressionen oder suizidalem Verhalten enden.

Eine wirksame Prävention und Intervention setzen daher eine umfassende und koordinierte Auseinandersetzung mit dem Thema Mobbing voraus. Dazu braucht es klare Verantwortlichkeiten, verbindliche Strategien und Strukturen, die auch jenseits des Schulgebäudes greifen. Denn jedes Kind hat das Recht auf ein freies, sicheres und gesundes Aufwachsen. Die freie Entfaltung der Persönlichkeit darf nicht durch Angst, Ausgrenzung oder Gewalt eingeschränkt werden.

Derzeit gestaltet sich der Umgang mit Mobbing vielerorts noch herausfordernd. Lehrkräfte stoßen insbesondere bei subtilen Formen wie indirektem Mobbing oder Cybermobbing an ihre Grenzen – diese sind oft nicht ohne Weiteres ersichtlich und erschweren eine angemessene Intervention. Viele Mobbingvorfälle finden außerhalb des schulischen Rahmens statt – etwa in der Freizeit oder im digitalen Raum – und entziehen sich dadurch der Aufmerksamkeit und dem direkten Einfluss der Schule. Derzeit fehlen dafür klare Zuständigkeiten und Werkzeuge, um angemessen und wirksam intervenieren zu können.

Diese Lücke im Bereich der Verantwortlichkeit und Zuständigkeit bei steigendem Beratungsbedarf hat insbesondere der Kinder- und Jugendanwalt in seinem Jahresbericht 2024 deutlich hervorgehoben. Das ist insoweit bedeutend, da sich die Zuständigkeit der neu organisierten Mobbingkoordinationsstelle ausschließlich auf Mobbingfälle im unmittelbaren Schulkontext fokussiert. Gerade bei Fällen, die mehrere Schulen betreffen oder im digitalen Raum stattfinden, fehlt weiterhin eine klare Anlauf- und Interventionsstruktur. Der Kinder- und Jugendanwalt regt daher an, die Zuständigkeit der Mobbingkoordinationsstelle auf *alle* Lebensbereiche von

¹ <https://www.schulpsychologie.at/gesundheitsfoerderung/gewaltpraevention-1/mobbing#:~:text=Jedes%20zehnte%20Kind%20bzw.,einen%201%C3%A4ngeren%20Zeitraum%20ausgef%C3%BCht%20wird.>

² <https://science.orf.at/stories/3217714/>

³ <https://goeg.at/hbsc>

Kindern und Jugendlichen auszudehnen und einheitliche Interventionsstrategien für unterschiedliche Kontexte zu entwickeln.⁴ Angesichts der Tragweite von Mobbing muss Vorarlberg hier Verantwortung und eine Vorreiterrolle einnehmen. Es braucht eine zielgerichtete Ressourcenverteilung im Einsatz gegen Mobbing, die Prävention genauso wie die Intervention in einem klar geregelten und wirksamen Rahmen ermöglicht – damit Kinder und Jugendliche frei, sicher und gestärkt aufwachsen können.

Vor diesem Hintergrund stellen wir hiermit gemäß § 12 der Geschäftsordnung des Vorarlberger Landtages folgenden

ANTRAG

Der Vorarlberger Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird ersucht,

- 1. die Zuständigkeit der Koordinationsstelle (KoMo) auf alle Lebensbereiche junger Menschen auszuweiten. Darüber hinaus ist seitens der Landesregierung sicherzustellen, dass **konkrete Interventionsstrategien** entwickelt werden, die in unterschiedlichen Lebensumfeldern – wie etwa in Sportvereinen oder Jugendtreffs – **zielgerichtet zur Anwendung kommen** können, und*
- 2. die bestehenden Maßnahmen im Bereich Mobbingprävention weiterhin zu unterstützen und verlässlich mit den nötigen Ressourcen auszustatten, um eine nachhaltige Sensibilisierung junger Menschen für (Cyber-)Mobbing zu gewährleisten. Diese Maßnahmen sollen gezielt weiterentwickelt und wo erforderlich ausgebaut werden.*

LAbg. KO Claudia Gamon MSc (WU)

LAbg. Garry Thür, lic.oec.HSG

⁴ https://vorarlberg.kija.at/wp-content/uploads/KiJa-Taetigkeitsbericht_2024_P-2.pdf

LAbg. Fabienne Lackner